

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Folgt man in der Analyse der europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der neorealistischen Denkschule, so lässt sich die Sicherheits- und Verteidigungspolitische Autonomie der EU-Mitgliedstaaten als Selbsthilfestrategien gegenüber anderen Staaten verstehen, wodurch nur punktuelle Annäherungen in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU möglich sind. In Folge dessen müssen die europäischen Beschlüsse in einem liberalen Intergouvernementalismus getätigt werden, um die internationale Handlungsfähigkeit der einzelnen Staaten durch die relative Größe der EU potenzieren zu können. Die intergouvernementale Ausrichtung der Entscheidungsstrukturen gibt den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gemeinsame Interessen auszutarieren, lässt jedoch, bedingt durch das Einstimmigkeitsprinzip im Rahmen der GASP und der unterschiedlichen Zielsetzungen der zahlreichen EU-Mitglieder, im Umkehrschluss die Frage nach ihrer Durchsetzungsfähigkeit offen. Festzuhalten ist, dass eine Einstimmigkeit aufgrund der mehrschichtigen Entscheidungsstrukturen schwer herzustellen ist, nach dem Zustandekommen jedoch dazu führt, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten kohärent handeln.

Die GASP gehört zur so genannten „zweiten Säule“ der EU und beruht auf der rationalistischen Kooperationstheorie, die keine gemeinsamen Interessen schaffen, aber vorhandene Überschneidungen effektiv verfolgen kann (Holzinger u.a. 2005: 253). Die Mitgliedsstaaten, vertreten durch den EU-Rat, bestimmen die Grundsätze und allgemeinen Leitlinien der GASP, wobei sie von weiteren politischen und militärischen Gremien der EU wie u.a. vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) und dem Militärausschuss beraten werden. In allen Gremien sind die Mitgliedstaaten paritätisch gleichmäßig vertreten. Diese Koordinierung einer gemeinsamen Außenpolitik schließt jedoch eine weiter bestehende, nationale Außenpolitik der einzelnen EU-Staaten nicht aus.

Werden Entscheidungen im Rahmen der GASP getroffen, so bestätigen sie die *Akteursqualität* der EU durch das Einstimmigkeitsprinzip und der Formulierung gemeinsamer Standpunkte. Die Entwicklung der intergouvernementalen Regelwerke der GASP und die Umsetzung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit neuen, militärischen Kompetenzen, verleihen der EU die notwendige *Autorität* und *Handlungskompetenz* durch ihre Mitglieder, um als globaler Akteur auftreten zu können. Das historisch konstituierte Zivilmächtskonzept und die Abgabe außenpolitischer Souveränität der Mitgliedsstaaten im Sinne einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie, befähigen die EU zur *Handlungsautonomie* ihren Mitgliedern gegenüber. Die EU-Mitgliedsstaaten haben zwar die Möglichkeit sich den, im Rahmen der GASP, getroffenen Entscheidungen zu enthalten, dürfen jedoch der Umsetzung

gemeinsamer Beschlüsse nicht im Wege stehen, sodass die EU weitgehend autonom von ihren Mitgliedern handeln kann.

Formal betrachtet beinhalten die getroffenen Entscheidungen aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips übereinstimmende Formulierungen einer gemeinsamen Politik. Um jedoch eine tatsächliche *Kohäsion* der GASP feststellen zu können, muss die Empirie daraufhin analysiert werden, ob die EU auch de-facto eine gemeinsame Politik formulieren kann. Denn die Fähigkeit gemeinsam zu agieren, droht dem Entschluss auch ein Ergebnis zu erzielen oft im Weg zu stehen, womit auch die *Autorität* und *Akteursqualität* der EU auf globalem Parkett in Frage gestellt werden kann.

Literaturliste

2008:

Integration

- Matthias Dembinski, Jutta Joachim: Die GASP als Regierungssystem: Plädoyer für einen Perspektivwechsel in der GASP-Forschung am Beispiel des EU-Kodexes zu Rüstungsexporten (4/2008)

European Journal of International Relations

- Elke Krahnemann: Security: Collective Good or Commodity? (2008)

2007:

Integration

- Ralf Roloff: Auf dem Weg zur variablen Geometrie – Implikationen der EU-Erweiterung für die ESVP und NATO (1/2007)

Government and Opposition

- Hans Agné: The Myth of International Delegation: Limits to and Suggestions for Democratic Theory in the Context of the European Union (2007)

European Journal of International Relations

- Holger Stritzel: Towards a Theory of Securitization: Copenhagen and Beyond (2007)

European Political Science

- Franz Kernic: European Security after 9/11 (6/2007)
- Janet Mather: Securing the European Superstate (6/2007)

2006:

Integration

- Nadia Klein: Und sie bewegt sich doch: Aktuelle Forschungsbeiträge zur Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (4/2006)

2005:

Peters, Dirk/ Wagner Wolfgang 2005: Die EU in der internationalen Politik, in: Holzinger, Katharina u.a. (Hg), Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Paderborn u.a., 244-266.

Pfetsch, Frank R. 2005: Die Europäische Union, 230-277 (Kapitel zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik), München.

Integration

- Alyson J.K. Bailes: Die Europäische Sicherheitsstrategie: programmatische und praktische Perspektiven für GASP und ESVP (2/2005)
- Hans-Georg Ehrhart: Die EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit (3/2005)
- Klaus Scharioth: Die neuen Sicherheitspolitischen Herausforderungen und die internationale Rolle Europas (3/2005)

2004:

Integration

- Heinz Kramer: Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und die Türkei (2/2004)

Government and Opposition

- Michael Zürn: Global Governance and Legitimacy Problems (2004)

2003:

Integration

- Udo Diedrichs: Die Entwicklung der ESVP – wissenschaftliche und politische Diskussionen (2/2003)
- Jan Wetzels: Der Konvent und die Perspektiven der europäischen Verfassungsordnung (2/2003)
- Mathias Jopp, Elfriede Regelsberger: GASP und ESVP im Verfassungsvertrag – eine neue Angebotsvielfalt mit Chancen und Mängeln (4/2003)
- Thomas Risse: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik? Der Verfassungsentwurf und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik (4/2003)

Government and Opposition

- Review Article: Roger Morgan: Bringing the State Back into International Relations (2003)
- Review Article: Jim Buller: The Europeanization of National Politics? (2003)